

# Territorien zum Leben

## Agenda 2030: „Leave no one behind“

### Ausgangssituation

In Brasilien bestehen 28 Segmente von traditionellen Völkern und Gemeinschaften (PCT), die gesetzlich anerkannt sind, wie beispielsweise die indigene Völker, Gemeinschaften von Flussanrainern, Quilombolas und Extraktivistengemeinschaften. Trotz ihrer grundlegenden Bedeutung bei der Erhaltung der Soziobiodiversität wird der Beitrag der PCT zur Erreichung der Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in der öffentlichen Debatte nicht in den Mittelpunkt gerückt, auch nicht im Hinblick auf die Bedeutung der Rolle weiblicher Autoritäten für die lokale Entwicklung und die Lebensqualität der PCT.

Eine der größten Herausforderungen stellt für die PCT der im ganzen Land unterschiedlichen Status der traditionellen Territorien dar: Einige Gruppen verfügen über gesetzlich anerkannte Gebiete, die den Status eines geschützten Territoriums haben und das Recht, dieses gemeinsam zu verwalten. Andere haben das Recht auf Zugang zu und Nutzung von Wäldern und natürlichen Ressourcen. Eine weitaus größere und noch unbekanntere Zahl von PCT ist jedoch nicht registriert und/oder verfügt über keinerlei Gewährleistung in Bezug auf Landbesitz oder Nutzungsrechte. Viele Verfahren zur Landlegalisierung stehen bei den zuständigen Behörden aus.

Der Mangel an aktuellen, verlässlichen und differenzierten Daten - unter anderem zur Identifizierung von traditionellen Gebieten, zu kulturellen Aspekten und zum Beitrag der PCT zur nachhaltigen Entwicklung - ist einer der Gründe dafür, dass Ansprüche und wirksame Maßnahmen des Staates zur Förderung der Rechte traditioneller Völker und Gemeinschaften sehr schwer zu verwirklichen sind. Seit dem Jahr 2018 haben deshalb die brasilianische Bundesgeneralanwaltschaft (MPF) mit technologischer Unterstützung der Wissenschaftlichen Abteilung des MPF (SPPEA) – und der Nationale Rat der traditionellen Völker und Gemeinschaften (CNPCT) ein digitales Instrument entwickelt, „Plattform für Traditionelle Gebiete“ genannt, das von den PCTs selbst konsolidiert, gespeist und genutzt werden soll. Die enthaltenen Informationen werden der Bundesstaatsanwaltschaft, verschiedenen Behörden, Organisationen der Zivilgesellschaft, akademischen Einrichtungen und der Öffentlichkeit im Allgemeinen auf angebrachten Ebenen zugänglich gemacht.

### Ziel

Das Projekt zielt darauf ab, die von der Bundesgeneralanwaltschaft entwickelte Plattform für traditionelle Gebiete zu konsolidieren und traditionelle Völker und Gemeinschaften (PCT) bei der Stellungnahme zur Verwirklichung ihrer Menschenrechte und der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 zu stärken und einzubinden.

<b>Bezeichnung</b>	Agenda 2030 - Beitrag zur Umsetzung des Prinzips „Leave no one behind“
<b>Im Auftrag des</b>	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
<b>Land und Regionen</b>	Brasilien national und Pilotregionen Mato Grosso, Goiás, Mato Grosso do Sul
<b>Durchführungsorganisation</b>	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
<b>Politischer Träger</b>	Bundesgeneralanwaltschaft (MPF)
<b>Volumen</b>	4 Millionen Euro
<b>Laufzeit</b>	02/2021 – 01/2024

### Vorgehensweise

Die Projektaktivitäten werden sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene durchgeführt. Das Projekt wird in Brasília umgesetzt, dem nationalen Sitz der Bundesgeneralanwaltschaft sowie in drei weiteren Pilotregionen: Mato Grosso, Goiás, Mato Grosso do Sul, die gemeinsam mit der Bundesgeneralanwaltschaft, der 6. Koordinierungs- und Überprüfungskammer und dem Nationalen Rat der traditionellen Völker und Gemeinschaften festgelegt wurden. Auf nationaler Ebene fördern die Bundesgeneralanwaltschaft und der Nationale Rat der traditionellen Völker und Gemeinschaften die technologische Entwicklung der Plattform und entwickeln ihre Kapazitäten für die wirksame Verwaltung und Nutzung der Plattform als Multi-Akteurs-Initiative. Auf lokaler Ebene werden Organisationen, lokale Autoritäten und in der PCT bei der Nutzung der Plattform unterstützt und strategischen Artikulation gestärkt. Als Grundlage für die Gestaltung und Umsetzung gilt das Prinzip der Agenda 2030 „Leave no one behind“ und es wird ein sensibler Ansatz zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter angewandt.

### Wirkungsbereiche – Aktivitäten

- Entwicklung von Technologie und Inhalten der georeferenzierten Plattform: Das Projekt bietet der Bundesgeneralanwaltschaft Unterstützung bei der Entwicklung einer Plattform mit sicherem und verantwortungsvollem Zugang für die Eingabe von Daten seitens der PCT in Bezug auf ihre Gebiete und Kultur. Dafür werden



Massnahmen zur Stärkung der partizipativen Verwaltung der Plattform umgesetzt. Gemeinsam mit dem MPF und dem CNPCT werden im Rahmen des Projekts Prozesse und Abläufe für die Eingabe und Validierung von Informationen in das System entwickelt, um die Glaubwürdigkeit der Plattform bei den Gemeinden und öffentlichen Einrichtungen zu gewährleisten, integriert mit GeoRadar, dem wichtigsten Geodatenverarbeitungswerkzeug des MPF und anderen internen und externen Plattformen. Anhand von technologischer Unterstützung, die unter Vertrag genommen wurde, werden Analysen und Änderungen vorgenommen. So ermöglicht die Struktur der Plattform die Sichtbarkeit bewährter Praktiken der PCT im Zusammenhang mit der Agenda 2030 und veröffentlicht vielversprechende Beispiele für Innovation und für digitalen Wandel.

- Entwicklung und Multiplikation des Wissens über die Plattform: Mittler aus der Zivilgesellschaft, Wissenschaft sowie aus öffentlichen Einrichtungen werden in der Nutzung der Plattform und der Erhebung neuer georeferenzierter Daten für die Plattform geschult. Das Projekt leistet Beratung für die Bundesstaatsanwaltschaft bei der Ausarbeitung von Schulungen, um die Mitglieder (Staatsanwälte\*innen) und Mitarbeiter des MPF zu befähigen, die Plattform zur Vermeidung und Beilegung von Territorialkonflikten zu nutzen und zu fördern. Auch der Austausch von Wissen und Erfahrungen hinsichtlich der Nutzung, Eingabe von Daten und geteilten Verwaltung der Plattform wird gefördert.
- Entwicklung von Organisationen und Kompetenzen: Lokale Autoritäten aus den Gemeinden und Vertreter\*innen der PCT beteiligen sich an Schulungen zur Plattform und setzen sich für ihre Nutzung und Optimierung ein. Die Vereinigungen der traditionellen Völker und Gemeinschaften in den Pilotregionen erhalten Unterstützung, um ihre Interessen besser zu artikulieren, indem sie die Plattform strategisch einsetzen. Die Nutzung führt auch zu einer Konsolidierung der Organisationen und fördert Synergien zwischen den verschiedenen PCT-Segmenten. Ebenso wird ihre Repräsentativität in nationalen und bundesstaatlichen Räten gestärkt.
- Nachhaltige Governance und Kommunikation: Das Projekt fördert die Entwicklung von Kompetenzen und Methoden für die gemeinsame Verwaltung der Plattform. Dafür bietet das Projekt Unterstützung bei der Kommunikationsstrategie, mit Ansätzen zur finanziellen Nachhaltigkeit sowie zum Wissensmanagement der Plattform. Die Möglichkeiten zur Nutzung der Plattform in der öffentlichen Politik werden aufgezeigt, sodass die PCT ihre Bedeutung für die Verteidigung ihrer Menschen- und Territorialrechte oder Landbesitzrechte anerkennen und bestätigen. So fördern die Bundesgeneralanwaltschaft und der CNPCT ein wirksames, innovatives, kooperatives und nachhaltiges Management der Plattform.

## Erreichte Ergebnisse

Mit Unterstützung des Projekts wurden insgesamt sechs Server für die Datenverarbeitung und -speicherung und einen agilen Betrieb des Plattformsystems installiert. Für die Schulung zur Verbreitung und Nutzung der Plattform wurde technische Ausrüstung angeschafft. Das MPF hat erstmals Daten von der nationalen Indigenenbehörde (FUNAI), die Katasterbehörde (INCRA) und das PCT Modul des Umweltkatasters, Quilombola- und andere traditionelle Gebiete integriert und öffentlich zugänglich gemacht. Die Verknüpfung der Plattform mit den internen georeferenzierten Systemen und Datenbanken des MPF, insbesondere GeoRadar, ist im Gange. Derzeit sind 168 Gebiete registriert, von denen 100 validiert und in die Plattform aufgenommen wurden.

Im Rahmen des Projekts wurden insgesamt 6 Schulungen für Multiplikatoren der Plattform mit 42 Vertretern traditioneller Organisationen, der Zivilgesellschaft und Partneereinrichtungen auf nationaler Ebene durchgeführt. In den drei Pilotstaaten wurden im Rahmen des Projekts 5 Workshops zur Nutzung und Verbreitung der Plattform veranstaltet. Mit Unterstützung des Projekts wurden 30 Mitglieder der MPF in der Anwendung der Plattform bei ihrer täglichen Arbeit zum Schutz der Menschenrechte der traditionellen Völker und Gemeinschaften geschult.

Das Projekt förderte vier nationale Treffen der PCTs zum strategischen Dialog über das Projekt sowie eine persönliche Sitzung des Verwaltungsrats und eine Sitzung des technischen Ausschusses der Plattform. Es wurde eine Kommunikationsstrategie zur Verbreitung der Plattform im MPF, in den verschiedenen traditionellen Gemeinschaften und in der breiten Öffentlichkeit ausgearbeitet, die 2023 umgesetzt werden soll. Institutionelle Partnerschaften wurden zwischen dem Partner und strategischen Organisationen und Universitäten wie der Universität Brasília (UnB) und dem Institut für Gesellschaft, Bevölkerung und Natur (ISPN) geschlossen.



Bildunterschrift: Gruppe der Kursteilnehmer\*innen von Formar Territórios Vivos. Foto: Tiago Araújo

Herausgeber	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH Sitz der Gesellschaft in Bonn und Eschborn, Deutschland	Partner	Bundesgeneralanwaltschaft (MPF)		
Verantwortlich	Friederike Brinkmeier	Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung		
Stand	Dezember 2022	Adressen des BMZ	<table border="0"> <tr> <td>BMZ Bonn Dahlmannstraße 4 53113 Bonn, Deutschland T +49 (0)228 99 535-0 F +49 (0)228 99 535-3500 poststelle@bmz.bund.de www.bmz.de</td> <td>BMZ Berlin Stresemannstraße 94 10963 Berlin, Deutschland T +49 (0)30 18 535-0 F +49 (0)3018 53501</td> </tr> </table>	BMZ Bonn Dahlmannstraße 4 53113 Bonn, Deutschland T +49 (0)228 99 535-0 F +49 (0)228 99 535-3500 poststelle@bmz.bund.de www.bmz.de	BMZ Berlin Stresemannstraße 94 10963 Berlin, Deutschland T +49 (0)30 18 535-0 F +49 (0)3018 53501
BMZ Bonn Dahlmannstraße 4 53113 Bonn, Deutschland T +49 (0)228 99 535-0 F +49 (0)228 99 535-3500 poststelle@bmz.bund.de www.bmz.de	BMZ Berlin Stresemannstraße 94 10963 Berlin, Deutschland T +49 (0)30 18 535-0 F +49 (0)3018 53501				